

Finger weg von den Sonntagen ohne Sozialdialog!

OGBI
LCGB

Ohne sich mit den Gewerkschaften abzustimmen, hat der Arbeitsminister beschlossen, das Gesetz zur Sonntagsarbeit zu liberalisieren. Eine Entscheidung, die viele Gefahren für unsere Rechte und Errungenschaften birgt!

Was plant der Minister?

Wie von einem Teil der Arbeitgeber des Sektors gefordert, plant der Minister die Höchstdauer der Sonntagsarbeit im Einzelhandel und im Handwerk von 4 auf 8 Stunden erhöhen. Das Problem? Dies ohne Gegenleistung: Der Zuschlag für Sonntagsarbeit würde weiterhin 70 % betragen.

Was sind die Risiken?

Der Sonntag wird zu einem Tag wie jeder andere, wie vom Minister in der Presse bestätigt. Wenn dies der Fall ist, besteht die Gefahr, dass der Zuschlag von 70 % irgendwann ganz abgeschafft wird.

Übrigens will die Regierung auch die Öffnungszeiten im Handel liberalisieren. Das bedeutet konkret, dass man gezwungen werden kann, an allen Sonntagen zu arbeiten.

Welche Auswirkungen hat dies auf das Privatleben?

Dies bedeutet Schluss mit dem Privatleben für die Beschäftigten im Einzelhandel! Keine Sonntage mit den Kindern, Familie oder Freunden, keine Wochenendhobbys oder Teilnahme an kulturellen oder sportlichen Aktivitäten.

Sind die Kollektivverträge in Gefahr?

Viele Kollektivverträge erlaubten es den Arbeitnehmern bereits sonntags bis zu 8 Stunden zu arbeiten. Der Vorteil für die Arbeitnehmer? Es gibt



Gegenleistungen (Zuschläge von bis zu 100 %, zusätzliche Urlaubstage usw.) und die Sonntagsarbeit basiert auf Freiwilligkeit.

Mit der Reform des Ministers wird dies nicht mehr der Fall sein. Diese Kollektivverträge und ihre Vorteile sind dann in Gefahr! Die Beschäftigten laufen Gefahr, die günstigeren Zuschläge zu verlieren, und es droht eine Schwächung der Kollektivverträge.

Was ist, wenn die Beschäftigten keinen Kollektivvertrag haben?

Dann sinken die Chancen, einen zu bekommen gegen Null. Denn über die Sonntagsfrage ließen sich viele neue Kollektivverträge aushandeln.

Und was ist mit dem Sozialdialog?

Der Arbeitsminister scheint sich nicht um den Sozialdialog zu kümmern! Er stellt nicht nur die Gewerkschaften vor vollendete Tatsachen, sondern schwächt und greift auch die Kollektivverträge an. Das ist eine echte Kriegserklärung an die Beschäftigten des Sektors und ihre Familien!



Wir werden es nicht dabei belassen: Alle zusammen für unsere Rechte und Arbeitsbedingungen!